

**ARBEITSLSENVERSICHERUNG**

## Der Fluch des Niedriglohns

58 % der neuen Arbeitslosen müssen sofort Hartz-Leistungen beantragen

So niedrig war die offizielle Arbeitslosenquote in Deutschland schon seit vielen Jahren nicht mehr: 7,1 Prozent im Durchschnitt des Jahres 2011 meldete die Bundesagentur für Arbeit (BA). Damit waren im Jahresdurchschnitt knapp drei Millionen Menschen hierzulande ohne Arbeit. Gleichzeitig habe die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zugenommen, vermeldete BA-Vorstandsvorsitzender Frank-J. Weise Anfang des Jahres.

Also alles bestens auf dem deutschen Arbeitsmarkt, trotz weltweiter Krise? Dazu passten die Zeitungsmeldungen gar nicht, die ebenfalls zum Jahresbeginn für Aufmerksamkeit sorgten. Nicht mal jede/r Zweite, der arbeitslos wird, hat Anspruch auf Arbeitslosengeld I. Die Arbeitslosenversicherung läuft trotz vieler Beitragszahlungen ins Leere.

Im europäischen Vergleich wird das Arbeitslosengeld in Deutschland nur recht kurz gezahlt. Ein Jahr ist der Anspruch für jüngere Arbeitslose, für ältere ist nach 24 Monaten Schluss. In anderen europäischen Ländern wie Frankreich oder den Niederlanden besteht er mindestens doppelt so lang. Hinzu kommt, dass immer weniger Arbeitslose die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld erfüllen. Dazu müssen sie in den zwei Jahren vor der Arbeitslosigkeit mindestens



zwölf Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen sein.

### Fristen verlängern und Ansprüche erhöhen

Mehr als ein Viertel derjenigen, die aus sozialversicherungspflichtiger Arbeit heraus ohne Job dastehen, ist direkt auf Arbeitslosengeld II angewiesen und hat ein noch höheres Risiko, direkt in die Armut abzurutschen. 38 Prozent der Betroffenen müssen sofort Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, also Hartz beantragen. 41 Prozent der Arbeitslosengeld-I-Bezieher/innen schöpfen ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld I aus und gehen direkt in

Hartz IV über. Weiter 4,8 Prozent haben danach trotz Arbeitslosigkeit gar keine Ansprüche mehr. Viele andere müssen ihr Arbeitslosengeld aufstocken

Hier entpuppt sich als Fluch, wie prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne in Deutschland von Politik und Wirtschaft seit Jahren vorangetrieben werden. Diese Formen der Beschäftigung fordern ihren Tribut. Die jetzt veröffentlichten Zahlen zeigen, dass die Arbeitslosenversicherung darauf nicht vorbereitet ist. Das Armutsrisiko für Arbeitslose ist damit im europäischen Vergleich besonders groß. Rund 70 Prozent der Arbeitslosen hierzulande sind armutsgefährdet. Im EU-Durchschnitt sind es 45 Prozent.

Ein Mindestlohn, wie ver.di ihn seit Jahren fordert, könnte höhere Einkommen sichern. Auch die Arbeitslosenversicherung muss mehr auf unregelmäßige Erwerbsverläufe einstellen. ver.di setzt sich dafür ein, dass die Rahmenfrist für die Anwartschaft wieder auf drei Jahre verlängert wird. Insgesamt muss die soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit deutlich verbessert werden. HEIKE LANGENBERG

### BLOCKADE

**Dresden stellt sich wieder quer**  
Protest gegen Nazi-aufmarsch.

SEITE 2

### RENTE MIT 67

**Das Erreichte passt nicht**  
Immer noch ist die Jobsuche für Ältere sehr schwer.

SEITE 3

### ÖD

**Befristungen als Puffer**

IAB-Daten belegen hohen Anteil zeitlich befristeter Arbeitsverträge.

SEITE 4

### VERFAHREN

**Auch rückwirkend tarifunfähig**

Dumping-Tarifverträge der CGZP haben nie gegolten.

SEITE 6

### NRW

**Baustelle Zukunft**

ver.di Nordrhein-Westfalen stößt Veränderungsprozess im Landesbezirk an.

SEITE 7

### BUCHTIPP

**Rituale in Gefahr**

Eine gläserne Decke stoppt viele Frauen auf dem Weg nach oben.

SEITE 8

**ZWISCHENRUF**

Unternehmer können nichts dafür. Wenn sie mickrige Löhne zahlen, Leute entlassen, Betriebe dicht machen. Oder satte Gewinne einstreichen. Sie können nicht anders. Weil: Das entscheidet der Markt. Genauer gesagt: die Marktkräfte. Niemand kennt sie, sie haben keinen Namen und kein Gesicht. Aber sie diktieren Preise und Renditen. Und strafen ab wie der Allmächtige – mal Griechenland, mal den Euro und gerne mal eine Regierung. Vor allem, wenn sie demokratisch gewählt ist. Der Markt, seufzen die Unternehmer resigniert. Macht, was er will. Drückt von oben, von unten, von rechts (China), von links (USA). Wer nicht mithält, dem droht neuerdings der „Marktaustritt“ (was der Volksmund bisher schlicht Pleite nannte). Ganz schlimm wird es, wenn sie sich zusammenrotten. Die Märkte. Wenn sie nervös werden. Bang fragen die Unternehmer: Vertrauen sie uns noch? Ziehen sie sich zurück? Und: Wann kommen die Märkte wieder? Da hilft nur beten. Oder? MICHAELA BÖHM

## Uneinsichtig

„Ein flächendeckender, einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn ist mit uns daher nicht zu machen! Nicht der Staat legt den Lohn fest, sondern die Tarifparteien.“

Der FDP-Vorsitzende Philipp Rösler beim Dreikönigstreffen seiner Partei

Buchtipp

### Frühzeitig vorsorgen

(GL) Der Einstieg in die Altersrente ab 67 hat zum Jahresbeginn erneut politische Kontroversen ausgelöst. Zu Recht haben auch die Gewerkschaften vor zunehmender Altersarmut gewarnt. Stolperfallen zur Altersarmut lauern nicht nur bei der Rente mit 67, sondern auch in anderen Zusammenhängen. Darauf macht die Autorin dieses Ratgebers „Vorsorgen ist keine Frage des Alters“ aufmerksam. Er gibt wertvolle Hinweise für frühzeitige Vorsorge bei Notsituationen durch Krankheit oder Unfall, in denen Vollmachten und Patientenverfügungen unerlässlich sind. Auch auf Pflegesituationen wird hier kompetent eingegangen wie auch auf Unterhaltfragen. Hilfreich sind die zahlreichen Erläuterungen für die Lebensphasen bis hin zum Rentenbezug und wie frühzeitig finanzielle Vorsorge getroffen werden sollte. Ernüchternd fallen die Informationen zur Hinterbliebenenversorgung aus. Nützlich dennoch die Informationen über staatliche Hilfen und zur Rentenbesteuerung. Alltagsnahe Praxisbeispiele und Checklisten, wie zum Beispiel zur Berechnung der Haushaltskosten, geben Denkanstöße zur persönlichen Vorsorge.

Margit Winkler: Vorsorgen ist keine Frage des Alters, Walhalla-Fachverlag, Regensburg, 168 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 978-3802939037

## MASSENBLOCKADE

### Dresden stellt sich wieder quer

(red.) Am 13. Februar jährt sich die Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg. Aus diesem Anlass mobilisieren wieder Nazis: für den 13. eher regional, am 18. Februar planen sie in der Elbestadt eine Demonstration mit bundesweiter Beteiligung. ver.di unterstützt auch in diesem Jahr wieder das Gegenbündnis „Dresden nazifrei“. Insbesondere die ver.di Jugend ruft dazu auf, sich an den

Massenblockaden zu beteiligen, damit der Nazi-Aufzug auch in diesem Jahr verhindert werden kann. Es soll an beiden Tagen Aktionen des Bündnisses geben. Für den 13. Februar ist der Mahngang „Täterspuren“ geplant, für den 18. sind es die Blockaden. Auch der ver.di-Gewerkschaftsrat unterstützt die Aktivitäten der ver.di Jugend. Die DGB-Jugend begrüßt, dass die Stadt Dresden Protest in Hör- und Sichtweite

der Nazi-Demos erlaubt. „Doch gegen Neonazis ist für uns der Einsatz zivilen Ungehorsams geboten, um ihnen die vereinende und mobilisierende Demonstration zu nehmen. Wo wären wir Gewerkschaften heute, hätten sie nicht auch kollektiv Regeln gebrochen und sich mit der Justiz gemessen“, heißt es in einem Newsletter der DGB-Jugend. Mehr unter: <https://jugend.ver.di.de/news/nazis-in-dresden-stoppen>

## EU-RICHTLINIEN

### Qualität von Dienstleistungen gefährdet

(pm) Kurz vor Weihnachten hat EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier einen Richtlinienentwurf zur Konzessionsvergabe vorgelegt. ver.di lehnt den Vorschlag und die daraus resultierende weitere Liberalisierung von Dienstleistungskonzessionen ab. „Ein solcher Schritt gefährdet die Qualität der Dienstleistungen“, warnte ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske. „Für die Beschäftigten wächst damit die Gefahr des Abbaus von Arbeitsplätzen, und es droht eine Verschlechterung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen.“ Der Entwurf der EU-Kommission sieht vor, den europaweiten Zugang zu Konzessionsmärkten zu

erleichtern. Das soll u. a. für die Versorgung mit Wärme und Gas, Elektrizität und Wasser gelten wie auch für den öffentlichen Schienen- oder Straßenbahnverkehr, die Nutzung von Flughäfen, See- oder Binnenhäfen und Terminaleinrichtungen, das Gesundheits- und Sozialwesen, die gesetzliche Sozialversicherung sowie sonstige öffentliche und private Dienstleistungen.

#### Abstriche bei der Qualität

„Der durch eine solche Liberalisierung ausgelöste Wettbewerb würde wegen unzureichender sozialer Flankierung vor allem über Kostensenkung und den damit verbundenen Druck auf

Löhne und Arbeitsbedingungen ausgetragen“, sagte Bsirske. Gleichzeitig drohten den Bürgern Abstriche an der Qualität öffentlicher Dienstleistungen. Beispielsweise könnten internationale Wasserkonzerne bei der Neuvergabe von Konzessionen überall in Europa kleine Wasserwerke schnell ausstechen, die im kommunalen Arbeitgeberverband organisiert und mit hohen Kosten für ökologische Qualitätsvorsorge belastet sind. ver.di fordert deshalb, dass die EU-Kommission ihre fortgesetzte Liberalisierungspolitik beendet. Das Europäische Parlament sollte als Gesetzgeber die Vorschläge zurückweisen.

## DJU

### Gespräch mit Bundespräsident Wulff über Pressefreiheit

(pm) Der Vorsitzende der Deutschen Journalisten-Union in ver.di (dju), Ulrich Janßen, hat Bundespräsident Christian Wulff bei dessen Neujahrsempfang Mitte Januar zu einem Gespräch über die Pressefreiheit und den

Umgang mit Journalist/innen eingeladen. „Die dju sieht den Umgang des Bundespräsidenten mit der Presse sehr kritisch. Wir halten es daher für sinnvoll, uns mit Herrn Wulff direkt über die Verantwortung sowie die

Aufgaben von Medien und Amtsinhabern auseinanderzusetzen“, sagte Janßen. Der Bundespräsident sagte ein Gespräch im Februar zu, ein Termin stand bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe von „ver.di NEWS“ nicht fest.

## SOLO-SELBSTSTÄNDIGE

### Auftraggeber sollen Altersvorsorge mitfinanzieren

(pm) ver.di begrüßt die Wiederaufnahme der Debatte über eine Versicherungspflicht zur Altersvorsorge Selbstständiger. In der Gewerkschaft sind mehr als 30 000 Solo-Selbstständige organisiert. ver.di fordert bereits seit Jahren eine Pflichtversicherung – allerdings unter Beteiligung der Auftraggeber an den Vorsorgekosten. „In einem zukunftsfähigen Vorsorgesystem darf es keine Rolle spielen, welche unterschiedlichen Tä-

tigkeiten im Laufe eines Berufslebens ausgeübt werden“, betonte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Elke Hannack. Daher sei die Altersvorsorge für alle Erwerbstätigen und Erwerbsformen anzugleichen. Das gelte auch für die Finanzierung.

Eine armutsfeste Absicherung sei insbesondere für gering verdienende Selbstständige mit einer einseitig finanzierten Pflicht-Vorsorge nicht zu erreichen. „Es ist wenig gewonnen,

wenn ausgerechnet diejenigen, die sich keine Vorsorge leisten können, dazu gesetzlich verpflichtet werden“, stellt Hannack mit Blick auf die wachsende Zahl gering verdienender Selbstständiger fest. Eine Verpflichtung zur Versicherung müsse daher zwar in einem solidarischen System unter Einbeziehung aller Erwerbstätigen erfolgen, doch müssten auch die Auftraggeber zu dessen Finanzierung herangezogen werden.

# Das Erreichte passt nicht

Immer noch ist die Jobsuche für Ältere sehr schwer

(hla) Seit dem 1. Januar werden die Auswirkungen der Rente mit 67 spürbar. Der erste Jahrgang muss jetzt einen Monat länger arbeiten, bevor er gesetzliche Altersgrenze erreicht. Betroffen ist davon der Jahrgang 1947. Und so steigt das Renteneintrittsalter Jahr für Jahr weiter, bis 67 Jahre erreicht sind. Die Gewerkschaften kritisieren die Rente mit 67 seit ihrer „Erfindung“ durch den damaligen sozialdemokratischen Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering.

## Kritische Stimmen mehren sich seit Jahresbeginn

Anfang des Jahres kamen zu den inzwischen mehrheitlich „bekehrten“ Sozialdemokraten, den Grünen und der Linken weitere kritische Stimmen hinzu. So stellte der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer im Januar fest, dass die Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Erwerbstätige noch bei weiter nicht ausreichend seien. Das bisher Erreichte passe nicht, sagte Seehofer einer Klausur seiner Partei Anfang Januar.

Dass es für Ältere immer sehr noch schwer ist, sich auf dem Arbeitsmarkt

zu halten bzw. bei Arbeitslosigkeit eine neue sozialversicherungspflichtige Anstellung zu finden, zeigen auch die Arbeitsmarktzahlen. Mit zunehmendem Alter nimmt die Beschäftigung ab.

Im März 2011 waren nach einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) gut 3,5 Millionen 50- bis 54-Jährige sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Bei den 55- bis 59-Jährigen waren es zur gleichen Zeit nur 2,75 Millionen. Bei den 60- bis 64-Jährigen nimmt der Wert rapide ab. Nur noch 1,2 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte sind hier in der BA-Statistik verzeichnet. Allenfalls bei den geringfügig Beschäftigten bleibt die Quote bei den 55- bis 64-Jährigen annähernd gleich.

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist laut Gesetz ausdrücklich an die Verbesserung der Beschäftigungssituation Älterer gekoppelt. Die Verbesserungen, die in den vergangenen Jahren erzielt werden konnten, sind aber bei Weitem noch nicht ausreichend. Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU) fiel daher An-

fang des Jahres auch nichts Besseres ein, als erneut an die Arbeitgeber zu appellieren.

## Sonderregelung lässt Arbeitslose „verschwinden“

Hinzu kommt, dass rund 100 000 Arbeitslose über 58 Jahre nicht in der offiziellen Arbeitsmarktstatistik geführt werden. Damit sinkt die Arbeitslosigkeit in diesem Alterssegment von 9,7 auf 8,0 Prozent. Das liegt an einer Sonderregelung, die die Große Koalition 2008 eingeführt hat: Danach zählt nicht als arbeitslos, wer älter als 58 ist, seit über zwölf Monaten Arbeitslosengeld II bezieht und in dieser Zeit kein Jobangebot bekommen hat.

So ist und bleibt die Rente mit 67 nichts anderes als ein Rentenkürzungsprogramm. Denn in Zukunft werden wohl immer mehr Menschen mit Abschlägen in Rente gehen müssen, weil sie im Alter keinen Job mehr finden. Schon heute weisen die Statistiken der Deutschen Rentenversicherung sinkende Durchschnittsrenten aus.

## Nachhaltige Beschäftigung statt Lohn- und Sozialdumping

(red.) In Spanien sucht fast jeder zweite Jugendliche oder junge Erwachsene Arbeit. Auch andere EU-Länder leiden teilweise unter hoher Arbeitslosigkeit. Im Jahr 2000 hatten sich die damaligen EU-Staaten auf die so genannte Lissabon-Strategie verständigt. Mit ihr wollten sie im Laufe von zehn Jahren u. a. die europaweite Beschäftigungsquote auf 70 Prozent steigern. Doch 2010 lag sie nur bei 64,1 Prozent. Spätestens seit der Finanzkrise 2008 sei diese Strategie gescheitert, schreiben Evelyn Räder, Referentin für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik beim ver.di-Bundesvorstand, und Wolfgang Kowalsky, Referent beim Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, in einem gemeinsamen Aufsatz für die „Sozialpolitischen Informationen“. Sie vermissen eine koordinierte europäi-

sche Beschäftigungspolitik. Stattdessen halte die Europäische Kommission in neoliberaler Manier an ihrer Deregulierungspolitik fest, was allenfalls unsichere und prekäre Arbeit fördere.

Auch in der aktuellen Euro-Krise ist nichts von einer koordinierten Beschäftigungspolitik nichts zu spüren. Eine strikte Sparpolitik wird immer mehr Ländern auferlegt, die Kosten der Finanzmarktkrise werden an die Beschäftigten weitergereicht. Lohn- und Sozialdumping, das die deutsche Be-

## Buchtipps

Wolfgang Kowalsky, Peter Scherrer (Hrsg.): Gewerkschaften für einen europäischen Kurswechsel. Das Ende der europäischen Gemütlichkeit, Westfälisches Dampfboot, Münster, 183 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 978-3896918840

schäftigungspolitik seit Jahren kennzeichnet, wird anderen europäischen Ländern aufgezwungen. Und das, obwohl die deutsche Niedriglohnpolitik mitverantwortlich ist für die Euro-Krise. Denn der hohe Außenhandelsüberschuss hierzulande hat die Situation in den anderen Ländern verschärft.

Um neue und nachhaltige Beschäftigung zu schaffen, müssen „auf die Koordinierung der Einkommensentwicklung mit dem Ziel höherer Löhne gesetzt und der Unterbietungswettbewerb im Sinne der deutschen Lohn- und Sozialdumpingpolitik beendet werden“, schreiben Räder und Kowalsky. Dabei sind auch die europäischen Gewerkschaften gefragt, die sich stärker untereinander vernetzen und ihre Aktivitäten koordinieren müssen.



Heike Langenberg ist die verantwortliche Redakteurin von „ver.di NEWS“

KOMMENTAR

## Geschönte Statistik

Dass die offiziellen Zahlen der Arbeitslosenstatistik nicht immer der Realität entsprechen, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Menschen zum Beispiel, die an beruflichen Eingliederungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, tauchen darin nicht mehr auf. Ebenso über 58-Jährige, die Arbeitslosengeld II beziehen und schon lange kein Jobangebot mehr bekommen haben. Es ist kein Trick der Bundesagentur für Arbeit, dass diese Menschen in der offiziellen Zahl nicht erfasst werden. Sie setzt damit nur die Vorgaben um, die ihr Regierungsparteien gleich welcher politischen Farbe in den vergangenen Jahren aufgegeben haben. Denn alle möchten sich mit niedrigeren Arbeitslosenzahlen schmücken. In der Statistik der Bundesagentur kann man aber auch die korrekte Zahl finden, bei der zusätzlich alle mitgezählt werden, die gerade „Maßnahmen“ durchlaufen. Sie ist nur ein wenig versteckt. In der Rubrik „Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit“ waren im Dezember knapp 3,9 Millionen Männer und Frauen aufgeführt, als „arbeitssuchend“ etwas mehr als 5 Millionen Menschen registriert. Da zeigt sich der vermeintliche Erfolg auf dem Arbeitsmarkt doch gleich in einem etwas anderen Licht als bei 2,78 Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen.

## ENTGELTGLEICHHEIT

## Buchtipps

## Gute Arbeit

(hla) Das Handbuch Gute Arbeit beschäftigt sich 2012 mit dem Arbeitsstress. Da Burnout und andere Folgen des ständig wachsenden Arbeitsdrucks derzeit in den Medien ziemlich flächendeckend thematisiert werden, passen die veröffentlichten Aufsätze gut zu dieser Diskussion. Immerhin leidet fast jeder zweite Beschäftigte heute unter starkem Zeit- und Termindruck. Mit ihrem Projekt „Gute Arbeit“ wollen die Gewerkschaften diesem Trend etwas entgegensetzen. Daher werden in einem Teil des Buches auch gewerkschaftliche und betriebliche Initiativen dazu vorgestellt. In anderen Aufsätzen geht es um eine Bestandsaufnahme und den arbeitspolitischen Gestaltungsbedarf.

Lothar Schröder, Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Gute Arbeit, Ausgabe 2012, Zeitbombe Arbeitsstress – Befunde, Strategien, Regelungsbedarf, Bund-Verlag, Frankfurt/Main, 491 Seiten, 39,90 Euro, ISBN 978-3766361073.

Es gibt von dem Buch eine ver.di-Sonderausgabe, die ver.di-Mitglieder direkt beim Bund-Verlag bestellen können. Sie kostet 12 Euro, weitere Rabatte richten sich nach der Zahl der bestellten Exemplare. Das Bestellformular findet sich unter <http://innotech.verdi.de>

## Postkarten an die Bundeskanzlerin

(red.) In Deutschland verdienen Frauen immer noch durchschnittlich rund 23 Prozent weniger als Männer. Daher ist die Entgeltgleichheit einer der Schwerpunkte der ver.di-Frauen- und Gleichstellungspolitik. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, planen die ver.di-Frauen eine Postkartenaktion in der Zeit vom Frauentag bis zum Equal-Pay-Day, also zwischen

dem 8. und dem 23. März. Die Postkarten sind an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gerichtet und sollen sie daran erinnern, dass das Grundgesetz den Staat verpflichtet, auf die Durchsetzung der Gleichberechtigung hinzuwirken. Für ver.di gehören dazu die Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse, ein gesetzlicher Min-

destlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde sowie verbindliche gesetzliche Regelungen zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit. Die Postkarten und ein ergänzender Flyer können ver.di-Gliederungen bestellen unter <https://frauen.verdi.de/materialien>. Die Materialien eignen sich auch zum Verteilen bei betrieblichen Aktionen oder an Infoständen.

## TARIFLICHES

## Alpenland

(pm) Ende Dezember wurden die seit zwei Jahren laufenden Tarifverhandlungen zwischen ver.di und der Alpenland Pflegeheime Berlin GmbH abgeschlossen. Die Beschäftigten erhalten seit dem 1. Januar 2012 mindestens 2,5 Prozent mehr Gehalt sowie eine Einmalzahlung in Höhe von 235 Euro. Die Pflegebeschäftigten erhalten überproportionale Anpassungen; insgesamt erfolgen Anpassungen in Höhe von 137 bzw. 250 Euro in den ersten beiden Jahren der Laufzeit des Tarifvertrags. Außerdem wurden Vereinbarungen über Schicht-, Wechselschicht- und Funktionszulagen, diverse Zuschläge und auch Boni für „Holen aus dem Frei“ getroffen. Hinzu kommen zusätzliche freie Tage, die Erhöhung des Urlaubsanspruchs, der Erhalt der Fünf-Tage-Woche als Planungsgrundsatz sowie eine Vorteilsregelung für ver.di-Mitglieder. Der Anschluss an den Tarifvertrag von Alpenland im Westteil der Stadt wurde allerdings noch nicht geschafft.

## Deutsche Post AG

(pm) Das Entgelt der 130 000 Tarifbeschäftigten der Deutschen Post AG wird zum 1. April 2012 linear um 4,0 Prozent angehoben. Die Vergütung für Auszubildende und Studierende an Berufsakademien wurde rückwirkend zum 1. Januar um 50 Euro im Monat erhöht. Dieses Ergebnis erreichte ver.di in der dritten Verhandlungsrunde Mitte Januar. Bereits in der zweiten Verhandlungsrunde Mitte Dezember hatte ver.di ein Teilergebnis erzielt. Danach erhalten die Tarifbeschäftigten im Januar eine Einmalzahlung in Höhe von 400 Euro. Außerdem wird die so genannte Postzulage für die rund 50 000 Beamt/innen über den 31. Dezember 2011 hinaus weitergezahlt. Sie erhalten außerdem im Februar 230 Euro als Einmalzahlung.

Der Tarifvertrag läuft bis zum 31. März 2013.

## Lufthansa

(pm) Für die Vergütungsrunde 2012 haben ver.di und die Unabhängige Flugbegleiter-Organisation (UFO) die Bildung einer Tarifgemeinschaft vereinbart. Basis ist die gemeinsame Forderung nach 6,1 Prozent mehr Gehalt für die Lufthansa-Beschäftigten. Die zweite Verhandlungsrunde ist für den 24. und 25. Januar in Frankfurt/Main angesetzt.

## Santander

(pm) Die Santander Consumer Bank und die Geobank haben zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen Tarifvertrag mit ver.di abgeschlossen. Damit konnte die Schließung der Standorte Hamburg, Frankfurt/Main und Mannheim zum 31. Dezember 2012 verhindert werden. Die Arbeitsplätze dort sind durch den Vertrag in der

Regel bis zum 30. Juni 2014 garantiert. In dem Tarifvertrag wurden aber auch der Übergang und Abfindungen für die betroffenen Beschäftigten geregelt.

## Telekom

(pm) Ende Januar sollen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Deutschen Telekom AG, der Telekom Deutschland GmbH, den T-Service- sowie den T-Systems-Gesellschaften beginnen. ver.di geht in diese Verhandlungen mit einer Forderung nach 6,5 Prozent mehr Gehalt bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Untere Einkommen sollen mit tabellenwirksamen Mindestanhebungen gestärkt werden. Auszubildende sollen 70 Euro monatlich mehr bekommen, niedriger bezahlte Ausbildungsberufe auf ein höheres Bezahlungsniveau angehoben werden. Darüber hinaus soll der Ausschluss betriebsbedingter Beendigungskündigungen verlängert werden.

## KÜNDIGUNGSTERMINKALENDER

## für die ver.di-Lohn- und Gehaltstarifrunden 2012

Kündigungstermin	Tarifbereich
31. Januar	Deutsche Telekom AG, Deutsche Telekom Servicegesellschaften mbH, Ost und West Öffentlicher Dienst, Sparten-TV „Nahverkehr“ Saar
29. Februar	Öffentlicher Dienst, Bund und Gemeinden, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Rentenversicherung Bund, Tarifgemeinschaft Deutschen Rentenversicherung, Knappschaft-Bahn-See, Deutsche gesetzliche Unfallversicherung, Bundeseisenbahnvermögen jeweils Ost und West, Sparten-TV „Nahverkehr“ Niedersachsen, NRW, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen, Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken) Ost und West
31. März	Privates Verkehrsgewerbe Baden Württemberg, Südbaden
31. Mai	Öffentlicher Dienst, Sparten-TV „Nahverkehr“ Bayern
31. August	Papier und Pappe verarbeitende Industrie Ost und West Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich), Energieversorgung Bayern
30. September	Privates Verkehrsgewerbe (Güterkraftverkehr, Speditionen) Hamburg, Bayern Private Energieversorgung Baden-Württemberg
31. Oktober	Privates Verkehrsgewerbe Schleswig-Holstein
31. Dezember	Öffentlicher Dienst Länder West und Ost (ohne Berlin) Wohnungswirtschaft West und Ost Tarifgemeinschaft Energie (u.a. Eon Energie AG)

Quelle: WSI-Tarifarchiv



Christian Hohendanner untersucht am IAB „Betriebe und Beschäftigung“

INTERVIEW

## ÖFFENTLICHER DIENST

# Befristungen als Puffer

IAB-Daten belegen hohen Anteil zeitlich begrenzter Arbeitsverträge / Schwierige Gegenwehr

(hbf) Ob es um die Begleitung von Jugendlichen beim Berufseinstieg geht oder um die Erwachsenen-Alphabetisierung: Viele pädagogische Fachkräfte mit einschlägigen Kenntnissen und Erfahrungen warten gerade darauf, sich neu bewerben zu können. Voraussetzung: Bund und Länder geben versprochene Projektmittel frei, wenn es ganz gut geht, für Stellen auf drei Jahre. Dass ihre Jobs befristet sind, daran haben sie sich längst gewöhnen müssen.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit untersucht seit Jahren, wie viele Stellen befristet vergeben werden. Der öffentliche Dienst schneidet schlecht dabei ab. „Die jüngsten Zahlen bestätigen“, sagt IAB-Forscher Christian Hohendanner, „dass bei Neueinstellungen Befristungen sowohl in der öffentlichen Verwaltung weiterhin eine große Rolle spielen als auch bei den überwiegend staatlich gesteuerten oder finanzierten Einrichtungen im Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitswesen.“ In den Verwaltungen von Bund, Ländern und Gemeinden beispielsweise wird nur noch höchstens ein Job von dreien als Dauerarbeitsplatz vergeben.

Dass es in Branchen mit hohem Frauenanteil eines „Flexibilitätspuffers“ bedarf, um Schwangerschaft und Elternzeit zu überbrücken, das ist die eine Erklärung der Arbeitsforscher. Weitere Ursachen liegen darin, dass die Arbeitgeber einfach Spielraum bei der Personalplanung haben wollen. Vor

allem aber werden oft Haushaltsmittel nur noch auf Zeit gewährt – für eigentliche Daueraufgaben (siehe Interview).

Immerhin, so ergab jüngst eine Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg, sind die befristet Beschäftigten im öffentlichen Dienst „deutlich seltener als im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft von Niedriglöhnen betroffen“. Das heißt: Sie können eher von Arbeit und Lohn leben – zumindest, solange ihr Vertrag läuft.

Gegenwehr ist schwer. Nur auf Zeit Angestellte sind nicht leicht zu organisieren und scheuen eher davor zurück, sich als kämpferisch zu exponieren. Dazu kommt, dass es bei Jobs in Erziehung, Gesundheit und Pflege oft kirchliche Arbeitgeber sind, die ihren Beschäftigten nur eingeschränkte

Mitsprache zugestehen. Da heißt es klein anfangen: „Es geht um Aufklärung und Vernetzung“, betont ver.di-Sekretärin Irene Götz, die sich – zunächst in Bayern und nun in Baden-Württemberg – um die Beschäftigten bei evangelischer Kirche und Diakonie kümmert.

Bei der Bundesagentur für Arbeit selbst bemüht sich der Personalrat, dass nie sehr viel mehr als zehn Prozent der Beschäftigten einen Zeitvertrag haben und dass echte Sachgründe die Befristung rechtfertigen. Generell sind Betriebs- und Personalräte bei ihrer Haltung zu befristeten Stellen meist hin- und hergerissen: Ist es nicht besser, fragen sie sich, im Auf und Ab der Konjunktur Verträge auf Zeit zu nutzen, statt festes Personal entlassen zu müssen? Eine schwierige Abwägung mit Erpressungspotenzial.

## Nachhaltige Finanzierung ist die Lösung

Bei befristeten Arbeitsverhältnissen nimmt der öffentliche Dienst weiterhin eine Spitzenposition ein. Woran liegt das?

Haushalts- und Projektmittel, die nur für einen begrenzten Zeitraum vergeben werden, spielen in den sozialen Dienstleistungen eine wichtige Rolle. Generell erhöhen Befristungen den Flexibilitätsspielraum des Arbeitgebers. Angesichts der Schuldenkrise und knapper Haushalte zögert der Staat bei unbefristeten Verträgen.

Betriebs- und Personalräte sagen oft: Lieber befristet als arbeitslos! Stimmt das?

Das hängt von den Alternativen ab. Wäre der betroffene Arbeitnehmer, wenn es keine Befristung gäbe, arbeitslos? Oder hätte er einen unbefristeten Vertrag? Bisher hat die Forschung noch keine eindeutige Antwort gefunden.

Würde ein generelles Verbot der sachgrundlosen Befristung weiter helfen?

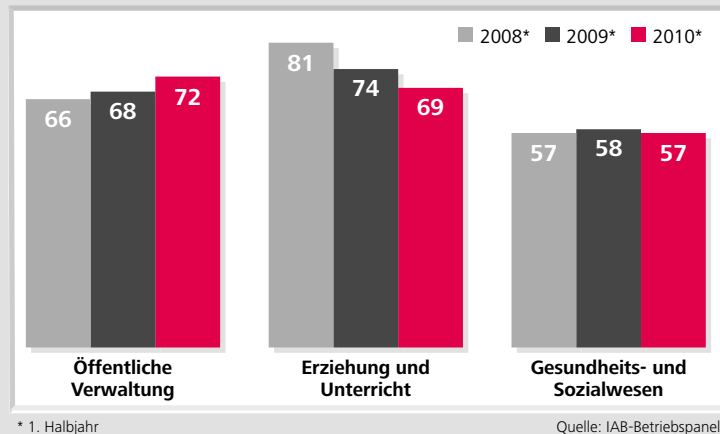
Vermutlich nicht. Es würde möglicherweise zum Ausweichen auf Befristungen mit Sachgrund, auf Leiharbeit oder freie Mitarbeit führen.

Wo ist dann anzusetzen?

Der Staat hätte es mit einer längerfristigen und nachhaltigen Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen auch ohne arbeitsrechtliche Reformen in der Hand, die Anzahl befristeter Verträge zu begrenzen.

### ANTEIL BEFRISTETER NEUEINSTELLUNGEN

bei öffentlichen Dienstleistungen (in Prozent)



## LEIHARBEIT

## Die Tarifverträge kennen

(red.) ver.di hat eine Broschüre herausgegeben, in der die Tarifverträge kommentiert werden, die die DGB-Tarifgemeinschaft mit dem Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP, ehemals Bundesverband Zeitarbeit) und mit dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) abgeschlossen hat.

Diese Tarifverträge seien, so ver.di-Bundesvorstandsmitglied Petra Gerstenkorn im Vorwort der Broschüre, zwar

„nicht das Gelbe vom Ei“, dazu sei der Organisationsgrad in der Branche zu gering. Dennoch würden die Arbeitgeber immer noch versuchen, sie zu unterlaufen. „Tarifverträge entfalten ihren realen Wert für die Beschäftigten nur dann, wenn sie in den Betrieben richtig angewendet werden. Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist, dass die Kolleginnen und Kollegen ihre tariflichen Rechte und Ansprüche kennen“, so Gerstenkorn weiter.

Dazu soll die Broschüre beitragen. Sie erläutert die beiden Tarifwerke praxisnah und verständlich aus Arbeitnehmersicht. Außerdem enthält sie die wichtigsten Merksätze für die Leiharbeit, die Praxishilfe „Jeder Cent zählt“ und viele nützliche Tipps und Adressen. Zielgruppe sind Beschäftigte sowie betriebliche Interessenvertreter/innen in Ver- und Entleihbetrieben. Die Broschüre kann kostenlos heruntergeladen werden unter [www.hundertprozentlich.de/tarifvertraege.html](http://www.hundertprozentlich.de/tarifvertraege.html)

## PSEUDO-GEWERKSCHAFT

Ratgeber

## Energieeffizienz

(hbf) Wie nutzen wir hier die Prozesswärme? Sind die elektrischen Antriebe stromsparend? Reichen Raumtemperatur und Beleuchtung aus? Gibt es bessere Lösungen? Der optimale Umgang mit Energie im Unternehmen nützt nicht nur der Umwelt; oft verbessern sich so auch Arbeitsbedingungen. „Aktiv werden für Energieeffizienz. Leitfaden für Betriebsräte und Beschäftigte“ heißt eine 36-Seiten-Broschüre der Hans-Böckler-Stiftung und des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) mit konkreten Handlungsanleitungen, Service-Tipps und Branchenbeispielen. Hilfreich ist beispielsweise die Gegenüberstellung von unterstützenden und hemmenden Faktoren: Wenig passiert etwa im Unternehmen, solange nicht geklärt ist, wer für Energiefragen zuständig ist. Positiv wirken sich Impulse eines externen Energieberaters aus oder auch das Interesse der Chefs, als ökologische Vorreiter Imagegewinne zu erzielen. Deutlich wird in dem Ratgeber, wie viele Fördermöglichkeiten es gibt für energieeffizientes Wirtschaften. Entscheidend ist, den ersten Schritt zu tun.

Bestellbar bei: [vertrieb@ioew.de](mailto:vertrieb@ioew.de) oder Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Berlin, Telefon 030/884594-0. Download unter: [www.ioew.de](http://www.ioew.de)

# Auch rückwirkend tarifunfähig

Dumping-Tarifverträge der CGZP haben nie gegolten – DGB-Musterverfahren erfolgreich

(pm) Leiharbeiter/innen sind ihrem Ziel, für gleiche Arbeit auch gleich bezahlt zu werden, einen großen Schritt näher gekommen: Das Berliner Büro der DGB Rechtsschutz GmbH hat am 9. Januar 2012 in einem Beschlussverfahren vor dem Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg nach eigenen Angaben erreicht, dass die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personal-Service-Agenturen (CGZP) auch rückwirkend für nicht tariffähig erklärt wurde. Damit sind die von ihnen abgeschlossenen Tarifverträge aus den Jahren 2004, 2006 und 2008 nicht gültig.

Der Grundsatz „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ von fest angestellten und ausgeliehenen Beschäftigten in einem Betrieb ist im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) festgeschrieben. Allerdings ist eine Ausnahmeregelung zugelassen, wenn es davon abweichende Tarifverträge gibt. Diese Ausnahmeregelung haben sich

Arbeitgeber zunutze gemacht, indem sie mit der Tarifgemeinschaft CGZP Tarifverträge mit deutlich geringerer Entlohnung abgeschlossen haben.

Dagegen hatten mit Unterstützung des DGB-Rechtsschutzes und ihrer Einzelgewerkschaften bundesweit viele Leiharbeiter/innen vor Gericht geklagt. Bereits im Dezember 2010 hatte das Bundesarbeitsgericht festgestellt, dass die CGZP nicht über die erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen verfügt, um eigene Tarifverträge abschließen zu können. Der jetzige Beschluss des Landesarbeitsgerichtes Berlin-Brandenburg erweitert diese Tarifunfähigkeit nun auf Tarifabschlüsse in der Vergangenheit. Damit können jetzt die jeweiligen „Equal-Pay-Verfahren“ vor den Arbeitsgerichten weitergeführt werden.

Manfred Frauenhoffer, der als Jurist und Teamleiter der DGB Rechtsschutz GmbH Berlin das Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht geführt hat, äußert sich zuversichtlich: „Es ist davon

auszugehen, dass diese Verfahren erfolgreich ausgehen werden. Unsere Mandanten werden mit einer Zahlung ihres entgangenen Lohnes rechnen können.“ Dina Bösch, im ver.di-Bundesvorstand für Recht und Rechtsschutz zuständig, hofft nach dem Berliner LAG-Urteil, dass „die Verleiher nun endlich aufhören mit dem skandalösen Versuch, sich für die Vergangenheit auf Vertrauensschutz zu berufen“. Bösch begrüßte auch die Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde gegen die LAG-Entscheidung und forderte die Bundesregierung auf, den Verleihern entgegenzutreten, die sich mit dem Argument des Vertrauensschutzes ihren Zahlungsverpflichtungen entziehen wollten. Die Gewerkschafterin: „Da wird die Insolvenz der Verleiher als Drohkulisse an die Wand gemalt, die Situation der betroffenen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter jedoch völlig ausgeblendet.“

Aktenzeichen: 24 TaBV 1285/11 und andere.

## SOZIALRECHT

## Anspruch auf Krankengeld nur bei „nahtloser Arbeitsunfähigkeit“

(pm) Endet sein Arbeitsverhältnis, während ein Arbeitnehmer arbeitsunfähig erkrankt ist, muss er sich dieser bei Weiterbestehen der Arbeitsunfähigkeit (AU) jeweils am letzten auf der AU-Bescheinigung eingetragenen Tag erneut krankschreiben lassen. Ansonsten erlischt der Anspruch auf Krankengeld. Darauf weist die DGB Rechtsschutz

GmbH hin. Die Krankenkassen verlangen eine „nahtlose Arbeitsunfähigkeit“. Diese ist allerdings nicht mehr gegeben, wenn der Arbeitnehmer bei Ende der Arbeitsunfähigkeit etwa am Freitag mit dem Besuch beim Arzt und damit mit einer erneuten AU-Bescheinigung noch bis zum folgenden Montag wartet.

In den meisten Fällen, so die Erfahrung der örtlichen DGB-Rechtsschutzbüros, ist der Verlust des Krankengeldanspruchs nicht mehr zu reparieren. Langzeiterkrankte Arbeitnehmer mit Krankengeldanspruch sollten deshalb grundsätzlich dafür sorgen, dass ihre Arbeitsunfähigkeit vom Arzt lückenlos bescheinigt wird.

## AKTUELLE URTEILE

## Leiharbeiter/innen zählen mit beim Interessenausgleich

(bag) Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat erstmals entschieden, dass Leiharbeiter/innen, die länger als drei Monate beim Entleiher eingesetzt sind, bei den Schwellenwerten des Betriebsverfassungsgesetzes berücksichtigt werden müssen. Der konkrete Fall betraf einen Interessenausgleich. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, ob das BAG künftig in anderen Fallkonstellationen – et-

wa bei der Ermittlung der Größe des Betriebsrates und der Bestimmung der Freistellungsansprüche – die wahlberechtigten Leiharbeiter/innen mitzählt, obwohl sie nicht in einem Arbeitsverhältnis zum Entleiher stehen.

Aktenzeichen: 1 AZR 335/10

## Beziehung zwischen Kollegin und Kollege kein Kündigungsgrund

(bs) Besteht in einem Betrieb zwischen einer Kollegin und einem Kollegen

eine intime Beziehung, so ist das grundsätzlich kein „kündigungsrelevantes Verhalten“ – es sei denn, dadurch würden arbeitsvertragliche Pflichten verletzt. Aber auch dann bedürfte es im Regelfall einer Abmahnung, ehe eine Entlassung ausgesprochen werde. Der Arbeitgeber müsse aber auf jeden Fall konkret darlegen, inwieweit und zu welchen Zeiten durch die Beziehung Betriebsabläufe gestört worden sein sollen, so dass Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz.

Aktenzeichen: 9 Sa 150/10

# Baustelle Zukunft

ver.di-NRW stößt Veränderungsprozess im Landesbezirk an

(ree) Bereits im vergangenen Jahr hat der ver.di-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen einen grundlegenden Veränderungsprozess gestartet. Er trägt den Namen „Baustelle Zukunft NRW“ und ist bis 2013 angelegt. Ziel ist es, zentrale Zukunfts- und Strukturfragen zu diskutieren und mittelfristig zu lösen. Um die Diskussion zu strukturieren, hat der Landesbezirksvorstand, der den gesamten Prozess verantwortet, fünf Themenfelder benannt:

**1. Ergebnisse.** Hier stehen Fragen der Mitgliedschaft und der Mitgliederentwicklung im Fokus.

**2. Branchen- und Betriebsarbeit.** Ohne gute Branchen- und Betriebsarbeit gibt es keine erfolgreiche Gewerkschaft.

**3. Betriebswirtschaft.** In diesem Themenfeld geht es um die finanzielle und personelle Handlungsfähigkeit.

**4. Führung und Zusammenarbeit.** Fragen der praktizierten Matrix stehen im Fokus dieses Themenfelds.

**5. Kultur und Vertrauen.** Wertschätzung, Verbindlichkeit, Organisationserfolg vor Eigeninteresse sind hier die zentralen Überschriften.

„Wir wollen mit der Baustelle Zukunft NRW das gesamte Spektrum unserer Arbeit einer Prüfung unterziehen und einen grundlegenden Veränderungsprozess anstoßen“, so ver.di-Landesleiterin Gabriele Schmidt. Für die operative Arbeit hat der Landesbezirksvorstand einen „Ausschuss Baustelle Zukunft“ berufen. Er ist haupt- und ehrenamtlich besetzt mit Vertreter/innen des Landesbezirksvorstands, der Landesleitung, der Fachbereiche, der Bezirke, der Jugend und des Betriebsrats. Der Ausschuss berät den Landesbezirksvorstand und nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Zukunftsfähige Vorschläge zu den einzelnen Themenfeldern entwickeln und über die vorhandenen Strukturen und tradierten Arbeitsformen hinausdenken.

- Erarbeitung von wirksamen und umsetzungsfähigen Lösungen.

- Prozesssteuerung und Organisation der Beteiligung.

## 40 Prozent Quote für „U-40“?

Eine erste provokante These beschäftigt sich mit der Mitgliederentwicklung: „Wollen wir weiterhin eine Gewerkschaft sein oder sind wir in Zukunft ein Senioren-Interessensverband“. ver.di-NRW, so das nüchterne Fazit, steuert auf einen demografischen Kollaps zu. Die Zahl der Mitglieder im Alter zwischen 28 und 39 Jahren geht kontinuierlich zurück. Eine erste mögliche Antwort im Prozess Baustelle auf das „U-40-Problem“: Wie wäre es mit der Einführung einer Quote 40:40? Das hieße: 40 Prozent der Sitze für die unter 40jährigen in allen ver.di-Gremien, auf allen Kandidat/innenlisten, bei der Einstellung von Hauptamtlichen – und 40 Prozent des Budgets für diese Zielgruppe.

## BUDGETIERUNG

### Steuerungsgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen

(hla) Der ver.di-Gewerkschaftsrat hat während seiner Sitzung Mitte Dezember eine Steuerungsgruppe zur Weiterentwicklung der Budgetierungsrichtlinie eingerichtet. Sie besteht aus 16 Mitgliedern, die Gewerkschaftsrat, Bundesvorstand, Landesbezirke, Bezirke und Fachbereiche vertreten. Bis

zur nächsten Sitzung des Gewerkschaftsrats Mitte März soll das Gremium einen ersten Entwurf zu Eckpunkten und Veränderungsrichtungen vorlegen. Bei seiner Sitzung Mitte Juni will der Gewerkschaftsrat bereits darüber beschließen. Der ver.di-Bundeskongress hatte mit dem Antrag

N001 dieses Verfahren vor der Verabschiedung einer neuen Budgetierungsrichtlinie bzw. der Festlegung einer neuen Ressourcen- und Aufgabenverteilung gefordert. Grundlage möglicher Veränderungen sollen die in der Satzung festgelegten Strukturen sein.

## GEWERKSCHAFTSRAT

### Nachhaltiger Klimaschutz

(hla) Beim ver.di-Bundeskongress letztes Jahr in Leipzig konnten bekanntlich nicht alle Anträge beraten werden. Ein Teil wurde an den Gewerkschaftsrat (GR) überwiesen. In seiner Sitzung Mitte Dezember hat sich der GR mit den Anträgen zur Energiepolitik beschäftigt. Mit der Annahme des Antrags H001 spricht sich ver.di dafür aus, das Energiesystem umzugestalten. Ziele sind dabei, Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu erreichen sowie Beschäftigung zu sichern. Mit dem Beschluss fordert ver.di die Bundesregierung auf, im Konsens mit allen Be-

teiligten „eine rechtssichere und unanfechtbare gesetzliche Grundlage zum geordneten Ausstieg aus der Kernenergie“ zu schaffen. Gleichzeitig sollen für die Zeit nach der Stilllegung der Anlagen rechtssichere Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung der Belegschaften in den Kernkraftwerken mit den Betreibergesellschaften geschlossen werden.

Als Schwerpunkte eines nachhaltigen und an sozialen Zielen ausgerichteten Energiekonzepts gelten für ver.di nach dem Beschluss u. a. die weitere Erforschung, Einführung und Nut-

zung erneuerbarer Technologien in der Strom- und Wärmeerzeugung sowie der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung.

In einem weiteren Themenkomplex, den der Gewerkschaftsrat in der Sitzung behandelt hat, wurde beschlossen, dass die Mitgliederzeitung „ver.di PUBLIK“ künftig mit acht Ausgaben im Jahr erscheinen soll. 2011 war sie noch neun Mal herausgekommen. Weitere überwiesene Anträge werden in der GR-Sitzung im März beraten. Sie wurde aus diesem Grund um einen Tag verlängert.



Gabriele Schmidt ist ver.di-Landesleiterin in Nordrhein-Westfalen

## INTERVIEW

### Ergebnisoffen diskutieren

Was hat Euch dazu veranlasst, den Prozess „Baustelle Zukunft“ anzustoßen?

Wir haben die Erfahrung gemacht, mit immer weniger Ressourcen an Personal und Sachkosten auskommen zu müssen. Schaffen wir keine erfolgreiche Trendwende in der Mitgliederentwicklung, wird dieser Prozess weitergehen. Wir müssen das Ruder herumreißen. Ein weiter so kann und darf es nicht geben. Die „Baustelle Zukunft NRW“ soll ergebnisoffen Wege aufzeigen, wie der Landesbezirk fit für die Zukunft gemacht wird.

Wo liegen die Schwerpunkte?

Ein zentrales Thema bleibt die Mitgliederentwicklung. Bei den unter 40-Jährigen haben wir mächtige Defizite. Betriebs- und Personalräten, Vertrauensleuten und Betriebsgruppen-sprecher/innen kommt bei der Mitgliederentwicklung und der betrieblichen Kommunikation eine Schlüsselrolle zu. Hier gilt es anzusetzen. Bei der Betriebs- und Branchenanalyse muss ausgelotet werden, wo unsere Potenziale für eine positive Entwicklung liegen. Intern müssen wir uns die Frage stellen, ob wir administrativ und strukturell richtig aufgestellt sind. Dazu gehört zwingend, die Zusammenarbeit in der Matrix weiterzuentwickeln. Und der gesamte Prozess wird ergebnisoffen geführt. Wir haben keine fertigen Konzepte und Antworten.



### DIE GROßE GLEICHBERECHTIGUNGSLÜGE

Kyra ter Horn,  
Anja Theurer,  
Chefin sucht Chfessessel,  
Verlagsbuchhandlung  
Ehm Welk, Angermünde,  
218 Seiten, 19,99 Euro,  
ISBN 978-3981170399  
(www.gleichberechtigungsluege.de)

#### VER.DI-NEWS

ERSCHEINT 14-TÄGLICH

#### HERAUSGEBER

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT  
VER.DI, FRANK BSIRSKA,  
VORSITZENDER

#### CHEFREDAKTION

DR. MARIA KNIESBURGES

#### REDAKTION

HEIKE LANGENBERG  
(VERANTWORTLICH),  
HENRIK MÜLLER

#### LAYOUT

HELMUT MAHLER

#### INFOGRAFIK

KLAUS NIESEN

#### CARTOON

THOMAS PLASSMANN

#### DRUCK

ALPHA PRINT MEDIEN AG,  
DARMSTADT

#### ADRESSE

REDAKTION VER.DI-NEWS,  
PAULA-THIEDE-UFER 10,  
10179 BERLIN,  
TEL.: 030/69 56 10 69,  
FAX: 030/69 56 30 12,  
VERDI-NEWS@VERDI.DE  
WWW.VERDI-NEWS.DE

**Hinweis:** Die Ausgabe 02  
erscheint am 4. Febr. 2012.

## Rituale in Gefahr

Eine gläserne Decke stoppt viele Frauen auf dem Weg nach oben

Ende der 1980er Jahre hat ein Soziologieprofessor an der Uni Münster den Frauen in seinen Seminaren einen guten Rat für das wahre Leben außerhalb der Hörsäle mit auf den Weg gegeben. „Die Männer haben sich gut eingerichtet im Leben. Fragen Sie sich immer, warum sie Ihnen freiwillig und ohne Not ein Stück von ihrer Bequemlichkeit abgeben sollten“, sagte er sinngemäß.

Rund 25 Jahre später bestätigen die Wirtschaftswissenschaftlerin Kyra ter Horn und die Juristin Anja Theurer, dass diese Frage immer noch ihre Berechtigung hat – auch wenn die Realität scheinbar eine andere geworden ist. Eine Frau ist Bundeskanzlerin, mit sieben Kindern kann eine andere ein Bundesministerium leiten, und mehr Frauen sind berufstätig. Das weibliche Geschlecht ist beruflich auf dem Vormarsch. Aber gleichberechtigt?

Bei den Gehältern sind ihnen die Männer immer noch um durchschnittlich 23 Prozent voraus. Je höher

es geht in den Hierarchien, desto seltener werden Frauen. Warum sollten Männer einen Teil der erreichten Bequemlichkeit aufgeben? Hier sind sie noch weitgehend unter sich. In vielen Firmen ist es häufig allenfalls das Personalressort, das man einer Frau zutraut, zumal es oft den unbequemsten Aufgabenbereich umfasst.

Kyra ter Horn und Anja Theurer analysieren die Lage in ihrem Buch nicht mit wissenschaftlich aufbereiteten Zahlen. Sie beschreiben persönliche Eindrücke und Erfahrungen. Das mag manchmal polemisch wirken, deckt sich aber mit dem, was Frauen täglich in den höheren Ebenen des beruflichen Alltags erleben. Und warum? „Jede Frau zuviel zerstört lieb gewonnene Rituale, manifestierte Strukturen und ungeschriebene Gesetze, sie sich seit Jahrzehnten, vielleicht sogar Jahrhunderten, eingeschliffen haben“, schreiben die Autorinnen.

Netzwerke, mit denen Männer seit Jahrzehnten arbeiten, haben Frauen

oft noch nicht – und wenn doch, sind sie dort unter Frauen, die ebenfalls den Weg nach oben suchen. Offen frauenfeindlich würde sich heute niemand mehr äußern, die Zurücksetzung ist versteckter. Eine gläserne Decke eben, nicht zu sehen, aber in ihren Auswirkungen immer noch schmerzhaft zu spüren.

Doch was kann helfen? Eine Quote. Überall dort, wo Frauen gefördert worden seien, hätten sich auch genug gefunden, die bereit waren, Verantwortung zu übernehmen, ob mit oder ohne Quote. So liefert das Buch interessante Denkanstöße für eine leider immer noch aktuelle Diskussion. Denn freiwillig, so zeigt es das Berufsleben, geben Männer ihren Einfluss nur sehr ungern ab.

HEIKE LANGENBERG

„ver.di NEWS“-Leser/innen erhalten das Buch für 9,99 Euro, wenn sie es bis zum 31. März 2012 auf der Website [www.buchschmook.de](http://www.buchschmook.de) bestellen (Kennwort „ver.di NEWS“).

#### PERSONELLES

**Ralf Nix** leitet jetzt den Bereich Arbeiter/innen beim ver.di-Bundesvorstand. Er löst **Rainer Nehring** ab, der in die Passivphase seiner Alterszeit gewechselt ist. Ralf Nix hat zuvor bei der Stadtverwaltung Hanau gearbeitet. Der gelernte Kfz-Mechaniker war dort zuletzt freigestellter Personalratsvorsitzender. Außerdem war der 47-Jährige auf verschiedenen ver.di-Ebenen ehrenamtlich aktiv, u. a. als Mitglied des Bundesarbeiter/innen-Ausschusses. Als Themen wollen die ver.di-Arbeiter/innen sich 2012 schwerpunktmäßig die Rente mit 67 sowie die Leih- und Zeitarbeit und die prekäre Beschäftigung vornehmen. Außerdem wollen sie eine ver.di-Mindestlohn-Petition unterstützen. Auf einer Klausurtagung im Januar haben sie auch beschlossen, in der Tarifpolitik einige neue Akzente zu setzen.

#### TERMINE

In Kooperation mit ver.di findet am 23. und 24. Februar 2012 in Berlin die 4. Fachtagung Psychiatrie statt. Schwerpunkt sind in diesem Jahr Themen rund um **Personal – Management – Mitbestimmung**. Die Fachtagung soll unterschiedlichen Akteuren der Gesundheitswirtschaft eine Plattform zum Dialog bieten. Mehr dazu unter [www.fachtagung-psychiatrie.de](http://www.fachtagung-psychiatrie.de)

Vom 27. bis 29. Februar lädt ver.di b+b zu einer tarifpolitischen Tagung zum Thema **Entlohnung in Call-Centern** ein. Schwerpunktthema ist der Mindestlohn, außerdem geht es um Mitbestimmungsrechte und Gestaltungsspielräume für Betriebsräte bei der Entlohnung. Die Tagung soll in Berlin stattfinden. Mehr dazu unter: [www.verdi-bub.de](http://www.verdi-bub.de), Seminarnummer F132-1202271.

#### NACHRUF

Am 6. Januar ist die Kollegin **Birgit Marold-Boll** kurz vor ihrem 52. Geburtstag gestorben. Sie hat mehr als 32 Jahre hauptamtlich bei der Gewerkschaft gearbeitet, erst bei der DAG, dann im ver.di-Landesbezirk Nord, jeweils in der Landesrechtsabteilung. „Wir verlieren eine stets freundliche, hilfsbereite und liebenswerte Kollegin“, heißt es im Nachruf der ver.di-Landesbezirksleitung Nord.

### Jungs, die raufen

„Bei Patrick Döring weiß ich, dass er ein Raufbold ist.“

Der hessische FDP-Vorsitzende **Jörg-Uwe Hahn** über den neuen Generalsekretär der Partei, **Patrick Döring**. Dieser hatte den FPD-Vorsitzenden **Philipp Rösler** unter anderem als Wegmoderierer bezeichnet.